

Milchmädchenrechnung : Mehrwertsteuer...

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Nebenspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **119 (1993)**

Heft 48

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-618760>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Milchmädchenrechnung

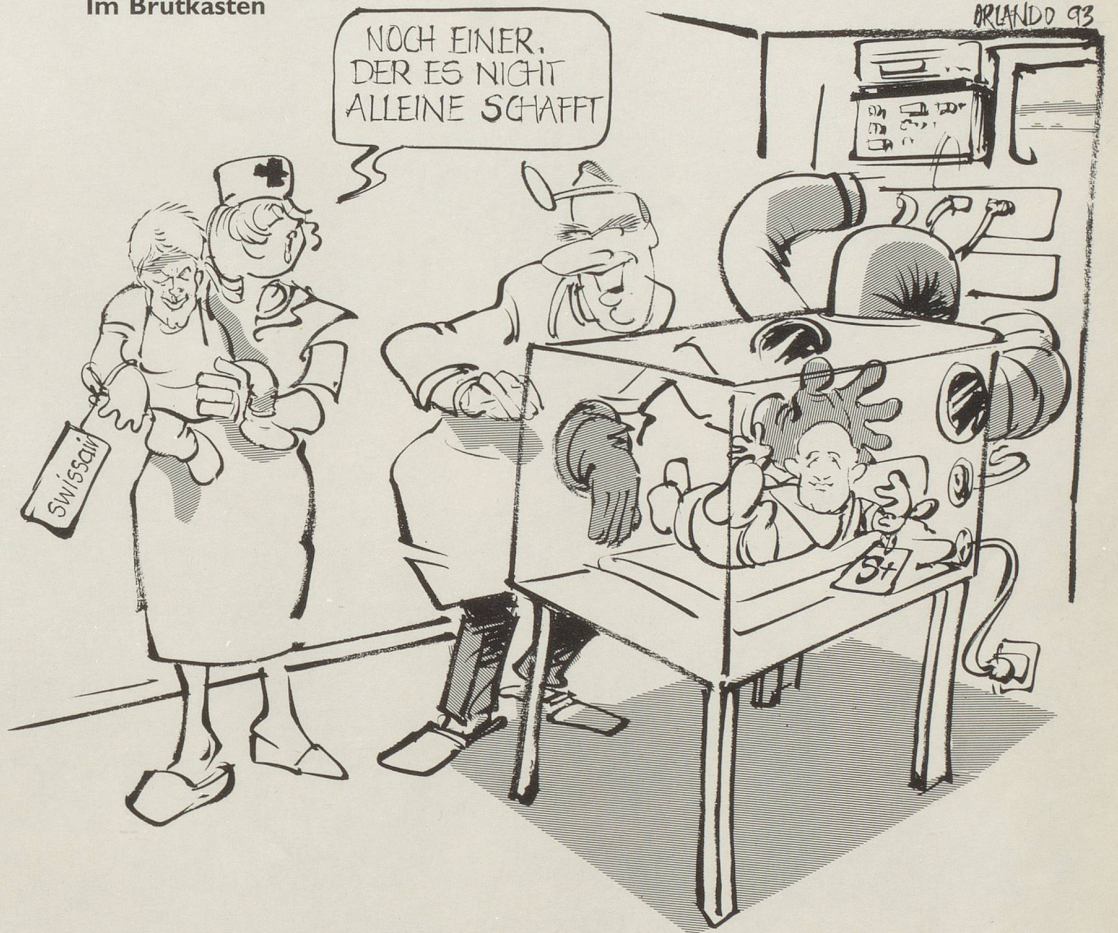
In Abstimmungskämpfen legen manche das Florett beiseite und greifen zum Zweihänder, um das Volk von ihren Argumenten zu überzeugen. Dies in der irrigen Meinung, dass das knallige Argument auch gleichzeitig das bessere sei. Die Abstimmung über die Mehrwertsteuer macht hier keine Ausnahme. Bekanntlich ist der Schweizerische Gewerbeverband, das traditionelle Bollwerk der Neinsager in der

Schweiz, ein wenig über seinen Schatten gesprungen und hat zumindest den Systemwechsel befürwortet. Zu mehr reichte es nicht. Zuerst solle der Staat seinen Sparwillen beweisen, predigte Gewerbeverbanddirektor

Pierre Triponez im ganzen Land herum und sagte gleich, wo er ansetzen würde, wenn er an entsprechender Stelle das Sagen hätte. Jedes Jahr ein Prozent Beamte weniger, forderte er in einem Interview. Das würde, so die Milchmädchenrechnung, in hundert Jahren das Ende des Beamtenstaates bringen. Woran der Gewerbeboss aber nicht ge-

dacht hat: Weniger Beamte erteilen dem Gewerbe aber auch weniger Aufträge – sagen wir einmal, pro Jahr ein Prozent weniger. Man darf jetzt schon darauf wetten, dass das betroffene Gewerbe die Übung schon nach einem Jahr abrechnen und Herrn Triponez auf den Mond wünschen würde. Nicht nur einprozentig.

Im Brutkasten



Ziel erreicht, das war's:

Vorbild Caveltly

Das Parlamentsmandat niederlegen, das kann jeder oder jede, sofern er oder sie überhaupt einmal in eine der beiden gesetzgebenden Kammern gewählt worden ist. Aber mit soviel Stil und Würde seinen Rücktritt ankündigen, wie dies der Bündner CVP-Mann Luregn Mathias Caveltly soeben getan hat, ist nicht gerade alltäglich. Man solle nicht zu lange im Amt verharren, meinte der Demissionär, Blutaufrischung sei vonnöten. Das könnte als verdeckte Aufforderung an die übrigen 245 Parlamentarier missverstanden werden, ihre weitere Daseinsberechtigung im National- und Ständerat selber kritisch zu hinterfragen. Doch keine Bange, Ihr Sesselkleber und Taggeld-einheimser: Ständerat Caveltly geht nicht aus rein altruistischen Gründen, sondern vor allem deshalb, weil er – wie er selber sagt – «seine persönlichen Ziele» erreicht hat. Wer sonst kann das von sich sagen? Allerdings ist es immer noch ein gutgehütetes Geheimnis, welches denn in seinen 22 Bundeshaus-Jahren Caveltlys emsiges Streben war, das jetzt offenbar in Erfüllung gegangen sein soll. Das NEAT-«Ypsilon», für das der Bündner jahrelang mit dem Mute der Verzweiflung vergeblich kämpfte, kann jedenfalls nicht gemeint sein.

Keine bundesrätlichen Auftritte auf dem Albisgüetli mehr:

Nur die allerdümmsten Kälber...

Wie viele Kantonalparteien in der Schweiz gibt es? Wenn wir nur die vier Bundesratsparteien nehmen, müssen es gegen hundert sein. Angenommen, jede von ihnen käme auf die Idee, jährlich den angehenden Bundespräsidenten oder auch nur einen Bundesrat zu einem Referat einzuladen, müsste das zum Zusammenbruch unseres Regierungssystems führen. Unsere Bundesräte sind ja jetzt schon hoffnungslos überlastet (und ihre Chauffeure auch). Dass Fi-

nanzminister Otto Stich jetzt dem Präsidenten der SVP des Kantons Zürich, Christoph Blocher, einen Korb erteilt hat und nicht als Redner an der Albisgüetli-Tagung teilnimmt, ist daher als willkommener Beitrag an die Entlastung unserer Regierung zu würdigen. Stich hat Blocher die Ohrfeige zwar vordergründig aufgrund der unseligen Inseratekampagne der Zürcher SVP erteilt, es letztlich aber seiner Kollegin Dreifuss und seinen Kollegen verunmöglicht, je

wieder im legendären «Schützenhaus» aufzutreten. Wer nämlich in Zukunft die Einladung Blochers annehmen wird, macht diese Kantonalsektion mit ihrem Präsidenten, die sich beide in ein politisches Abseits begeben haben, wieder salonfähig. Und ausgerechnet das sollen die Freisinnigen, Christdemokraten und Sozialdemokraten im Bundesrat besorgen! Schliesslich sind es nur die allerdümmsten Kälber, die ihren Metzger selber wählen ...